

THEMA

**Zwischenbilanz der
Tchibo-Kampagne**

POLITIK & GESELLSCHAFT

**Khaleda Zia
freigelassen**

NETZ AKTIV

**Rundreise einer
Textilarbeiterin**



Kleider machen Leute

Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie

NETZ - Bangladesch Zeitschrift
Nr. 4, 30. Jahrgang, 28.10.2008.

Die NETZ-Ausgabe 1/2009 hat den
Arbeitstitel:
„Bangladesch nach der Wahl“

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe - für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft • Empfohlen

Das DZI, der deutsche „Spenden-TÜV“, hat NETZ das Spenden-Siegel verliehen. Es steht für einen sorgsamen Umgang mit den uns anvertrauten Spenden.

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen bescheinigt NETZ mit dem Spenden-Siegel, dass wir wahrheitsgetreu, eindeutig und sachlich in Wort und Bild informieren, die Finanzmittel nachprüfbar, sparsam und satzungsgemäß verwenden, Spenden und Zuschüsse sowie deren Verwendung eindeutig und nachvollziehbar im Jahresabschluss dokumentieren.

Impressum

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 - 35576 Wetzlar / Telefon: 06441 - 26585 / Fax.: 06441 - 26257 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org / ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Niko Richter
Layout: Moritz Marbach
Titelfoto: Moritz Marbach
Redaktion: Barbara Das-Gupta, Patrizia Heidegger, Pia Hermann, Heiko Herold, Philipp Kappestein, Lisa Kronauer, Moritz Marbach, Ingo Ritz, Dirk Saam, Anja Scholz, Christian Weiß (Leitung)

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20€ / Einzelexemplar: 5€.

Inhalte dieser Ausgabe

THEMA: TEXTILINDUSTRIE

Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen

Shahida Sarker im Porträt.
Von Philipp Kappestein S. 4

Die aktuelle Situation in der Textilindustrie in Bangladesch

Arbeitsrechtverletzungen und Demonstrationen sind Alltag. Von Lisa Kronauer S. 6

Chancen nutzen!

Was Bangladesch tun muss, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Von Dirk Saam S. 8

Am Ende der Produktionskette

Textilarbeiterinnen in Bangladesch.
Von Patrizia Heidegger S. 10

Wer bezahlt unsere Kleidung bei KiK und Lidl?

Zusammenfassung einer Broschüre
von „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ S. 13

Vom Schmuttelkind zum Musterknaben?

Eine Zwischenbilanz der Tchibo-Kampagne.
Von Heiko Herold S. 19

POLITIK & GESELLSCHAFT

Meldungen aus Bangladesch

Wichtige Ereignisse in und um Bangladesch auf einen Blick. Zusammengestellt von Patrizia Heidegger und Niko Richter. S. 22

NETZ aktiv

Neuigkeiten zur Arbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen von NETZ und Aktionen in Bangladesch und Deutschland. S. 24

Liebe Leserin, lieber Leser,

unsere Kleidung in Europa wird zu rund 90 Prozent in Asien, der Türkei, in Nordafrika und Osteuropa hergestellt. Bangladesch ist eines der Länder mit den niedrigsten Löhnen – das zieht Produzenten und Händler an. Alle bekannten Namen wie H&M, C&A, Adidas, Karstadt/Quelle, Tchibo sowie die Discounter Aldi, Lidl und KiK vergeben ihre Aufträge an lokale Produzenten.

Globalisierung und Discountierung hängen eng miteinander zusammen. Durch den Konzentrationsprozess im Einkauf haben die transnationalen Konzerne, insbesondere die Discounter, eine gewaltige Macht gewonnen. Durch ihre hohen Bestellungen können sie die Preise drücken und Lieferfristen kürzen. Die Produzenten in Bangladesch stehen dem machtlos gegenüber. Sie geben den Druck weiter an die Näherinnen. Einsparpotentiale sehen die Produzenten oft nur beim Lohn, denn die anderen Preise für Strom, Materialien etc. können sie nicht beeinflussen. Deshalb macht der Lohnanteil an einem Produkt gerade einmal 0,5 bis 1 Prozent aus. Wenn Sie als Kunde eine Hose für 70 Euro kaufen, verdient die Näherin in Bangladesch daran gerade einmal 35 bis 70 Cent. Deshalb müssen die Konzerne ihre Einkaufspraktiken ändern.

Bangladesch lebt vom Export seiner Bekleidungsindustrie, aber der Staat schützt die Arbeiterinnen nicht vor Ausbeutung. Im Gegenteil: Der 2006 festgelegte Mindestlohn konnte schon damals nicht die Grundbedürfnisse decken, heute frisst die Inflation den Hungerlohn weiter auf. Die Näherinnen arbeiten ohne Arbeitsverträge an sieben Tagen in der Woche, Nachtschichten werden bei Eilaufträgen einge-

schoben, Überstunden werden nicht oder nicht korrekt bezahlt. Frauen werden diskriminiert. Eine Interessenvertretung der Beschäftigten ist unmöglich: Wer aufmuckt, fliegt raus.



Die Arbeitsbedingungen gleichen sich weltweit auf niedrigem Niveau an. In Filialen der Discounter in Deutschland werden Vollzeitstellen abgebaut, Teilzeitbeschäftigte machen die Arbeit zu Niedrigstlöhnen. Arm trotz Arbeit ist auch hier die Folge.

Was ist nötig? Unterstützen Sie die Arbeit der „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“, bei der NETZ Mitglied ist, gegen die Praktiken der Discounter, die zu ausbeuterischen Arbeitsbedingungen führen. Wir bitten um Unterschriften auf Postkarten an die Discounter Lidl und KiK. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Konzerne haben bisher zu keinen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geführt. Deshalb wenden wir uns auch an die Politik: Der Staat muss verpflichtende Rahmenbedingungen setzen. Verbindliche grenzüberschreitende Regeln für Unternehmensverantwortung müssen eingeführt und transnationale Unternehmen müssen endlich zur Rechenschaft über ihr Tun verpflichtet werden.

Ihre Gisela Burckhardt

Zitate aus dieser Ausgabe

„Aufgrund der aktuellen Verteuerung von Nahrungsmitteln hat sich das Realeinkommen der Arbeiterinnen weiter verringert. Ihre Gehälter gleichen einem Hungerlohn.“

Lisa Kronauer beschäftigt sich auf Seite 6 und 7 mit der aktuellen Situation der Textilindustrie in Bangladesch.

„Ein T-Shirt für 1,99 Euro – das geht nur auf dem Rücken anderer.“

Patrizia Heidegger porträtiert das Leben von Textilarbeiterinnen die für die Discounter KiK und Lidl produzieren. Mehr ab Seite 8.



„Die Arbeitsbedingungen der Näherinnen haben sich bisher noch nicht verbessert.“

Heiko Herold zieht ab Seite 18 ein kritisches Zwischenfazit zur Tchibo-Kampagne.

Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen

TEXT/FOTO: PHILIPP KAPPESTEIN

Shahida Sarker ist Vorsitzende der *National Garments Workers Federation*, eine der größten Gewerkschaften im Textilsektor in Bangladesch. Sie kennt die aktuellen Sorgen der Arbeiterinnen genau:

„Als ich 1994 anfang, in der Textilindustrie zu arbeiten, verdiente ich nur sieben Euro im Monat. Meine Arbeit begann morgens um acht Uhr und endete erst gegen zehn Uhr am Abend. Als mein Arbeitgeber fragte, ob ich auch noch die Nachtschicht arbeiten könnte, lehnte ich ab. Es gab viele Kolleginnen, die von acht Uhr morgens bis um drei Uhr nachts arbeiteten. Viele Leute litten daher unter Schlafstörungen. Manche Arbeiterinnen schliefen fast gar nicht mehr und waren den ganzen Tag übermüdet. Die Besitzer der Fabrik setzten uns immer wieder unter Druck, noch schneller zu arbeiten. Das war menschenunwürdig.“

Die Löhne in der Textilindustrie sind in den letzten Jahren kaum gestiegen. Gleichzeitig sind aber die Preise, vor allem für Lebensmittel, rapide gestiegen. Gerade für uns Frauen war es immer sehr wichtig, etwas von unserem Lohn beiseite legen zu können und zu sparen. Jetzt ist dies aufgrund der niedrigen Löhne und hohen Preise für die meisten nicht mehr möglich. Viele

Familien sind sogar dazu gezwungen, ihre Kinder aus der Schule zu nehmen.

Sobald es darum geht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wird dies durch die Fabrikbesitzer systematisch unterdrückt. Die Organisation in Gewerkschaften ist bis heute eine Sache, die im Geheimen passiert. Die Beschäftigten in der bangladeschischen Textilindustrie haben Angst vor Repressionen.

Ich denke, dass ein großer Teil des Problems und dessen Lösung außerhalb von Bangladesch zu suchen ist. Die Unternehmen in den Industriestaaten, die die Kleidung von Textilfabriken in Bangladesch kaufen, müssen sich mehr für die Arbeitsbedingungen in unseren Fabriken interessieren und sich für die Einhaltung von Sozialstandards einsetzen. Darüber hinaus ist es sehr wichtig, dass die Konsumenten in den Industriestaaten über die Arbeitsbedingungen in unserem Land Bescheid wissen. So kann Druck aufgebaut werden, um die Unternehmer in den Industriestaaten und in Bangladesch dazu zu bewegen, bessere und menschenwürdigere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Erfolge in der Vergangenheit haben gezeigt, dass dies wirklich möglich ist.“



Arbeitsrechtverletzungen und Demonstrationen Die aktuelle Situation in der Textilindustrie in Bangladesch

VON LISA KRONAUER

Im Büro von Amirul Haque Amin, Generalsekretär der Gewerkschaft National Garment Workers Federation, haben sich 15 aufgebrachte Vertreter verschiedener Textilfabriken zusammengefunden. Die Stimmung in dem kleinen, stickigen Raum ist gedrückt. Vier der Anwesenden wurden in den letzten Tagen fristlos entlassen, den anderen steht eine Kündigung kurz bevor. Armut und Hunger drohen ihren Familien, während sich ihre Arbeitgeber nicht einmal die Mühe machen, ihren Entschluss

zu rechtfertigen. Mit einem schlichten „Wir haben kein Interesse daran, dich weiter zu beschäftigen“ wurden sie auf die Straße gesetzt. Dabei sind die Gründe für die Kündigung ganz offensichtlich: Die anwesenden Personen brachten den Mut auf, die Rechte der Arbeiterinnen einzufordern und deren Anliegen an die Fabrikleitung weiterzuleiten.

Wie war es soweit gekommen? In den betroffenen Fabriken hatten zu-

nächst mindestens 50 Prozent der Arbeiterinnen einem Forderungskatalog zugestimmt und Sprecher gewählt, die in ihrem Namen mit den Arbeitgebern verhandeln sollte. Diese baten daraufhin die Ar-

„Die Anliegen der Arbeiterinnen sind nicht neu“, fährt Amin fort. So forderten sie u.a. die Auszahlung der vorgeschriebenen Feiertagszuschüsse für das Eid-Fest sowie eine angemessene Zahl freier Tage während des Festes. Traditionell bezeichnet Eid-ul-Fitr das Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan. Neben Gebeten stehen dann gemeinsame Mahlzeiten mit der Familie sowie das Bekochen von Freunden und Verwandten im Mittelpunkt.



Foto: Lisa Kronauer

Nähen für Hungerlöhne: Arbeiterinnen in einer Textilfabrik.

beitgeber um die Erlaubnis, ihre Anliegen vortragen zu dürfen. Erst dann, nach Zustimmung der Fabrikleitung, fand ein Gespräch statt. Dieses endete mit der Kündigung der gewählten Sprecherinnen. „Sie haben nichts falsch gemacht“, erklärt Amin verärgert. „Sie haben weder gegen das Gesetz, noch gegen die Fabrik oder den Produktionsvorgang verstoßen. Sie haben lediglich versucht, ihre Forderungen in sehr systematischer Weise vorzutragen.“

„Wir arbeiten so hart und sind trotzdem arm.

Ich kann nicht einmal die anfallenden Kosten für Eid bezahlen“, beklagt sich eine Sprecherin. Dieses Jahr erhielten die Arbeiterinnen nur etwa die Hälfte des Zuschusses. Im Jahr 2007 waren es sogar nur 40 Prozent gewesen. In Zeiten extrem hoher Nahrungsmittelpreise deckt dieser geringe Betrag die anfallenden Kosten für das Fest bei weitem nicht ab. Zudem weigern sich die meisten Arbeitgeber, die Fabriken über die Feiertage zu schließen.

Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise

„Die geringen Löhne sind eines der Hauptprobleme der Arbeiterinnen in der Textilindustrie“, konstatiert Amin ernst. „Die Forderung nach höheren Gehältern ist seit jeher ein Streitpunkt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“. Zwar wurde der Ende 2006 eingeführte Mindestlohn mittlerweile in vielen Fabriken durchgesetzt, allerdings ist dieser Grundbetrag zu gering, um die täglich anfallenden Kosten nur annähernd begleichen zu können. Der offizielle Mindestlohn beträgt 16 Euro. Gewerkschaftsangaben zufolge liegt der Reallohn jedoch nur bei 9 bis 10 Euro im Monat. Laut dem angesehenen Ökonom Dr. Atiur Rahman beträgt allein die durch Nahrungsmittelkrise bedingte Inflationsrate für Beschäftigte in der Textilindustrie 19,7 Prozent. Für Rikschafahrer sind es gar 19,8 Prozent und 21,1 Prozent für Tagelöhner. „Ich muss fast mein gesamtes Einkommen für Nahrungsmittel ausgeben“, berichtet ein Sprecher empört. Im Durchschnitt gibt eine Arbeiterin in der Textilindustrie mindestens 70 Prozent des Gehalts allein für Reis aus.

Hungerlöhne in der Boomindustrie

Im Jahr 2006 wurde der Mindestlohn in der Branche erstmals seit 1994 erhöht und auf 16 Euro monatlich festgesetzt. Gewerkschaftsführer kritisierten die Anhebung als völlig unzureichend. Aufgrund der aktuellen Verteuerung von Nahrungsmitteln hat sich das Realeinkommen der Arbeiterinnen weiter verringert. Ihre Gehälter gleichen einem Hungerlohn. Und das, obwohl die Textilindustrie die wichtigste und profitabelste Industriebranche des Landes ist. Laut der Tageszeitung *Financial Express* exportierte Bangladesch allein im vergangenen Jahr Textilien im Wert von 9,3 Milliarden US-Dollar, was

einen Anteil von 76 Prozent am jährlichen Gesamtexport ausmacht. Hauptabnehmer sind Unternehmen in den USA und der Europäischen Union. Insgesamt zählt das Land knapp 4.500 Textilfabriken mit über 2,5 Millionen Beschäftigten, davon sind über 85 Prozent Frauen (Anm. d. Red.: Daher die vorwiegende Verwendung der weiblichen Form „Arbeiterinnen“ in dieser Ausgabe).

Protest auf der Straße

Die Unzufriedenheit über diese Ungerechtigkeiten in der Textilindustrie wächst stetig weiter an. Und nicht alle Arbeiterinnen äußern sich so organisiert und bedacht wie die Anwesenden in dem kleinen Gewerkschaftsbüro. Seit Jahresbeginn gehen immer mehr hungrige Arbeiterinnen auf die Straße und liefern sich Kämpfe mit der Polizei. Nicht selten werden dabei Autos angezündet oder Fabrikeigentum zerstört. Auch umliegende Geschäfte oder unbeteiligte Passanten sind betroffen. Aufgrund des derzeit von der Übergangsregierung verhängten Versammlungsverbot sind die Demonstrationen rechtlich betrachtet illegal. Doch der Hunger treibt sich trotzdem auf die Straße. Dies hat zur Folge, dass Polizei, und in einigen Fällen sogar die Armee, brutal gegen die Demonstranten vorgehen.

Einer Studie des *Bangladesh Institute of Labor Studies* zufolge kam es allein in der ersten Hälfte dieses Jahres zu 72 Fällen von Aufständen von Arbeiterinnen der Textilindustrie. Die Demonstrantinnen forderten höhere Löhne sowie eine Auszahlung ausstehender Gehälter. Mindestens 988 Arbeiterinnen wurden dabei verletzt, 45 Personen verhaftet und mehr als 10.000 vor Gericht gebracht. Zudem verloren 78 Arbeiterinnen aufgrund ihrer Beteiligung an den Aktionen ihre Arbeit. Das Institut gibt an, dass

bei 13 Aufständen sogar Folter, die Ermordung oder der Unfalltod von Kollegen der Grund für die Unruhe war. Ende Januar 2008 wurde der 23-jährige Mohammad Khokon, Arbeiter der Fabrik Vertex Fashion Ltd. in Mirpur, einem Stadtteil in Dhakas, von den Aufsehern der Fabrik zu Tode getreten, nachdem er des Diebstahls beschuldigt worden war. Einem Bericht der Zeitung *New Age* zufolge starb Anfang April eine junge Frau in einer Fabrik in Dhaka, nachdem sie ohne Unterbrechung zwölf Stunden arbeiten musste. Zuvor hatte sie mehrmals darum gebeten, nach Hause gehen zu dürfen, weil sie sich krank fühlte.

„Wir fordern nur unsere Rechte ein!“

Trotz dieser Probleme und der Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen geben die versammelten Vertreter und Vertreterinnen im Gewerkschaftsbüro von Amin nicht auf. „Wir sind Mitglieder dieser Gewerkschaft, um uns bei der Lösung genau dieser Probleme Unterstützung und Rat zu holen“, erklärt ein Sprecher. „Wir werden weiterhin versuchen, mit unseren Arbeitgebern zu reden. Wenn wir hier kein Gehör finden, dann tragen wir unsere Anliegen eine Stufe höher vor, bei den multinationalen Konzernen, welche die Aufträge an unseren Fabriken abgeben. Wir fordern nur unsere Rechte ein! Und dafür werden wir uns weiterhin einsetzen!“

Lisa Kronauer ist Mitglied dieser Redaktion. Seit September 2008 macht sie einen einjährigen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst über NETZ bei Jagorani Chakra Foundation in Bangladesch.



Chancen nutzen!

Was Bangladesch tun muss, um wettbewerbsfähig zu bleiben

VON DIRK SAAM

Foto: Moritz Marbach

Bangladesch kann seit 1990 ein spektakuläres Wachstum im Bereich Bekleidung und Textilien verzeichnen. Lag der Wert der Exporte 1990 noch bei 600 Millionen US-Dollar, stieg er bis 2006 auf knapp 8 Milliarden US-Dollar. Grund: Bangladesch gehört zu der Gruppe der ärmsten Länder der Welt und durfte in der Vergangenheit und unter bestimmten Bedingungen zollbegünstigt und ohne Mengenbeschränkung Kleidung nach Europa und in die USA ausführen. Bei anderen Ländern hingegen hatten die Großabnehmer im Einklang mit dem Welttextilabkommen der Welthandelsorganisation die Einfuhr durch Quoten beschränkt. Diesen Handelsvorteil konnte Bangladesch nutzen, um sich im Schatten der Textilriesen China, Indien und Hongkong auf dem Weltmarkt zu etablieren. Die rein export-orientierte Industrie macht mittlerweile 76 Prozent der Deviseneinnahmen Bangladeschs aus. Man erkennt die Dominanz

der Bekleidungsindustrie. Man realisiert aber auch die Abhängigkeit des Landes von dieser Industrie und die Gefahr, die das Ende des Welttextilabkommens und damit der bevorzugten Behandlung für Bangladesch darstellen kann.

Auslaufen des Welttextilabkommens

Ende 2004 lief das Welttextilabkommen aus. Bangladesch sieht sich seitdem in direktem Konkurrenzkampf mit „großen“ Textilexporturen wie Indien und Hongkong. Die Ausnahme: Exporte aus China unterliegen weiterhin Quoten – bis 2008 für den europäischen und bis 2009 für den US-amerikanischen Markt. Entgegen aller düsteren Voraussagen brach die Bekleidungsindustrie Bangladeschs nach Auslaufen des Abkommens bisher nicht zusammen. Es war zu befürchten, dass Abnehmer nach Auslaufen des Abkommens in Länder abwandern,

die billiger produzieren können. Da z.B. Indien die gesamte Wertschöpfungskette im eigenen Land hat – von der Baumwolle bis zum Hemd alles im eigenen Land verarbeiten und produzieren kann – wurde angenommen, dass die „Textilriesen“ letztlich günstiger produzieren können als Bangladesch. Bangladesch besitzt kaum Vorleistungsindustrien und muss Garne oder Stoffe aus dem Ausland importieren, um die Bekleidungs- und Textilindustrie am Leben zu halten. Müssen sämtliche Vorleistungen im Ausland eingekauft werden, wird die Produktion teurer. Hauptgrund für Einkäufer aus dem Ausland, in Bangladesch zu bleiben, dürfte das nach wie vor sehr niedrige Lohnniveau sein. Niedrige Lohnkosten machen es für die Einkäufer attraktiv, weiterhin in Bangladesch produzieren zu lassen – zu Lasten der Arbeiterinnen, die mit Löhnen, die unter dem Existenz sichernden Niveau liegen, kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Doch wenn die Quoten für China im Jahr 2009 komplett wegfallen, wird möglicherweise auch das geringe Lohnniveau nicht mehr ausreichen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Mit China strebt ein Textilriese auf den Weltmarkt, der dann quotenfrei, mit einer eigenen Wertschöpfungskette und einem extrem niedrigen Lohnniveau versuchen wird, schwächere Wettbewerber wie Bangladesch vom Markt zu drängen.

Interne Probleme lösen

Bangladesch muss künftig institutionelle Rahmenbedingungen schaffen, um Kosten zu minimieren, insbesondere im Finanz- und Bankensektor, der noch immer durch mangelnde Transparenz und Rechenschaftslegung charakterisiert ist. Eine effiziente Infrastruktur, insbesondere der Transportwege zwischen den ausbaufähigen Vorleistungsindustrien und den nachgelagerten Wirtschaftszweigen sowie die Verbindung zwischen Dhaka und dem Hafen von Chittagong, wo die Fertigprodukte verschifft, muss auf- und ausgebaut werden, um in diesem Bereich künftig Transaktionskosten zu minimieren. Dazu kommt, dass Politiker und Bürokraten durch korruptes Verhalten die Dynamik der unternehmerischen Einstellung unterlaufen. Die Duldung von Schutzgelderpressung durch die Polizei führt zu einem Klima des Terrors, das negative Auswirkungen auf den Handel und die Produktion hat.

Durchsetzung von Arbeitsrechten
Das Land muss künftig seine Produktivität erhöhen, um im Verdrängungswettbewerb nicht der große Verlierer zu sein. Einfluss auf die Arbeitsproduktivität haben Faktoren wie die Ausbildung der Arbeiterinnen und die Arbeitsbedingungen. Nach wie vor sind die Arbeitsbedingungen und Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken schlecht.

Ausländische Unternehmen, die in Bangladesch produzieren lassen, müssen dafür sorgen, dass in ihren Zulieferfabriken international gültige Arbeitsstandards eingehalten werden. Geschieht dies, dann können zum einen die Arbeiterinnen unter verbesserten Bedingungen arbeiten, was an sich schon zu begrüßen wäre, zum anderen führen die Investitionen in verbesserte Arbeitsbedingungen und Ausbildung zu einem Anstieg der Produktivität. Eine bessere Belüftung in den Fabriken, geregelte Arbeitszeiten und Existenz sichernde Löhne reduzieren Arbeitsausfälle durch Gesundheitsschäden und geben den Arbeiterinnen die Gewissheit eines sicheren Arbeitsplatzes. Eine regelmäßige Bezahlung stärkt die Bereitschaft, gegebene Arbeitspensen konzentriert zu absolvieren. Die Produkte werden hochwertiger, der Ausschuss geringer. Deshalb sind Arbeits- und Sozialstandards, die den Anforderungen der internationalen Arbeitsorganisation entsprechen, nicht nur im Interesse der Beschäftigten in den Textilfabriken. Vielmehr muss sich bei Unternehmen endlich die Erkenntnis durchsetzen, dass diese Standards auch positive ökonomische Auswirkungen für sie selbst haben.



Dirk Saam ist entwicklungspolitischer Referent bei NETZ.

SÜDASIEN

Zeitschrift des Südasiensbüro e.V. in Bonn

Aktuelle Berichte und
Themenschwerpunkte aus

**Südasiens:
Afghanistan
Bangladesch
Bhutan
Indien
Nepal
Pakistan
Sri Lanka**

SÜDASIEN berichtet viermal jährlich über politische und wirtschaftliche Ereignisse, über Militarisierung und regionale Konflikte, Ökologie und Industrialisierung, Frauen, Landwirtschaft, Menschenrechte und Medien.

**Die Zeitschrift kann
bestellt werden bei:**

SÜDASIEN
Postfach 140 110
53056 Bonn
Tel. 0176 – 26100979
E-Mail: [suedasiensbuero@
suedasien.de](mailto:suedasiensbuero@suedasien.de)

Bezugsbedingungen der
Zeitschrift:

Einzelheft: 6,50 Euro
Doppelheft: 13 Euro

Jahresabonnement:

Inland: 26 Euro
Ausland: 32 Euro

Am Ende der Produktionskette

Textilarbeiterinnen in Bangladesch

VON PATRIZIA HEIDEGGER

Savar in der Nähe von Bangladeschs Hauptstadt Dhaka war bis vor wenigen Jahrzehnten ein kleiner Ort. Heute säumen riesige Textilfabriken die Ausfallstraße aus Dhaka. Der Verkehr quält sich langsam durch die Stadt. Busse und Lastwagen rollen zu Tausenden an den grauen Betonbauten vorbei. In den Morgenstunden kann man die jungen Frauen auf dem Weg zur Arbeit beobachten. Sie gehen in ihren bunten Kleidern die Straße entlang, die großen um den Hals geschwungenen Tücher wehen hinter ihnen. Unzählige Rikschas blockieren den Verkehr. Auf ihnen sitzen, eng aneinander gedrängt, die Arbeiterinnen der Fabriken. Lautes Geklingel, Hupen und das Brummen der Motoren übertönen ihre Gespräche. Spätestens um acht Uhr verschwinden sie in den Betonburgen. Die Fabriken türmen sich mit ihren vielen Stockwerken hoch in den Himmel, eine nach der anderen. Hinter den lukenartigen Fenstern sitzen die Arbeiterinnen. Andere, kleine Fabriken liegen versteckt in Seitenstraßen, von außen nur durch die monotonen Geräusche der Maschinen zu erkennen. Die Frauen werden die Gebäude erst nach 12



Foto: Jakob Berr

„Die Lohnkosten bei den Lieferanten deutscher Discounter betragen weniger als ein Prozent des Verkaufspreises der Ware.“

oder 14 Stunden wieder verlassen, wenn es draußen schon lange dunkel geworden ist.

Drinne ist es heiß und stickig. Durch die winzigen Fenster kommt kaum frische Luft. Die Frauen sitzen den ganzen Tag an den Nähmaschinen und konzentrieren sich

auf ihre Arbeit. Wer einen Fehler macht, bekommt Ärger: weniger Lohn, im schlimmsten Fall die Kündigung. Nach ein paar Jahren leiden die meisten an Rückenschmerzen und büßen ihre Sehkraft ein. Die Dauer der Toilettengänge wird genau überprüft. Die Fabrikbesitzer wollen so sicherstellen, dass die vorgegebenen Arbeitspensen eingehalten werden. Aus Angst vor Repressalien trinken viele Arbeiterinnen nicht ausreichend Wasser. Gekostet wird hastig, zwischendurch an der Maschine. Eine Kantine gibt es nicht. Viele Textilarbeiterinnen sind mangelernährt. Sie haben nicht genügend Zeit und Geld, um ordentlich zu essen. Im Jahr 2006 legten Fabrikbesitzer nach Verhandlungen mit einigen Gewerkschaften einen neuen Mindestlohn

fest: 16 Euro im Monat. Dieser entsprach nicht den Erwartungen der Beschäftigten im Textilsektor. Die daher folgenden Demonstrationen für mehr Lohn wurden von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen. Der neue, immer noch viel zu niedrige Mindestlohn wird nicht einmal überall bezahlt. Für Hun-

gerlöhne ruinieren sich die Textilarbeiterinnen ihre Gesundheit. Die meisten halten in den Fabriken nur ein paar Jahre durch, vier oder fünf im Schnitt.

Die Arbeitsbedingungen in den tausenden Textilfabriken Bangladeschs variieren. Doch vieles haben die meisten der geschätzten zwei bis drei Millionen Beschäftigten in der Textilindustrie gemeinsam: Sie harren täglich lange Stunden in den Fabriken aus, oft bis spät in die Nacht. Die meisten müssen ohne Vorankündigung Überstunden leisten, die unzureichend bezahlt werden. Die Arbeiterinnen haben kaum Urlaubstage, manche haben nicht einmal ein Wochenende. Die wenigsten haben Arbeitsverträge und verfügen dadurch kaum über Arbeitnehmerrechte wie Kündigungsschutz oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Löhne sind nicht nur extrem niedrig, sie werden oft nicht vollständig und zu spät ausbezahlt.

Katastrophale Sicherheitsvorkehrungen

Die Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken sind erschreckend. Immer wieder kommt es zu Bränden. Im November 2000 starben 50 Arbeiterinnen einer Fabrik in Narsingdi in der Nähe von Dhaka – die Ausgänge waren abgesperrt. Rund 300 Menschen sind in den letzten 15 Jahren bei Bränden in Textilfabriken ums Leben bekommen. Im April 2005 ignorierte das Management der Firma Spectrum Risse im Gebäude, auf welche die Arbeiterinnen hingewiesen hatten. Die Fabrik stürzte ein, 64 Arbeiterinnen kamen um, weitere 80 wurden verletzt. Entschädigungen haben sie bis heute nur unzureichend erhalten. Das spanische Textilunternehmen Inditex (Zara), das auch bei Spectrum produzieren ließ, hat im Jahr 2006 andere Kunden zur Teilnahme an einem Fonds aufgerufen. Einige Firmen lehnen ab, sich an dem Ent-

schädigungsfonds zu beteiligen, darunter das deutsche Unternehmen New Yorker und die französische Handelskette Carrefour. Karstadt/Quelle hat sich bereit erklärt, an dem Fonds teilzunehmen, der den Überlebenden und den Hinterbliebenen der Opfer eine monatliche Rente zur Verfügung stellen soll. Im April 2007 hat Inditex 22 Opfern jeweils 3.000 US-Dollar ausgezahlt, weitere Zahlungen sollen folgen. Mehr als drei Jahre nach der Katastrophe können die Menschen aber immer noch nicht wie versprochen in vollem Umfange von dem Treuhänderfonds profitieren. Rund eine halbe Million Euro wären notwendig, um alle Opfer und die Familien angemessen zu entschädigen, so die Kalkulation der „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“. Viele Opfer des Spectrum-Unglücks sind verzweifelt – die Unternehmen reden sich mit immer neuen Ausreden heraus.

Bedeutung des Textilsektors für Bangladesch

Trotz aller Probleme: Die Textilprodukte sind Bangladeschs Exportschlager Nummer eins. Die Wirtschaft des Landes wird auch heute noch von der Landwirtschaft dominiert, doch die Exportstruktur hat sich seit den 1980er Jahren grundlegend geändert. Während früher landwirtschaftliche Rohprodukte wie Jute und Tee den Außenhandel bestimmten, sind es heute zu 90 Prozent industriell gefertigte Waren. Textilien, deren größte Abnehmer westeuropäischen Staaten und die USA sind, machen drei Viertel der Exportware aus. Jedes Jahr verkauft die Branche Waren im Wert von mehreren Milliarden Euro ins Ausland.

Die Textilindustrie in Bangladesch liefert Fertigware, so genannte „ready-made garments“. Die Rohmaterialien, Stoffe, Fäden und Knöpfe in etwa, werden zu einem Großteil importiert. In Bangladesch

wird nur zugeschnitten, genäht und verpackt. Viele Investoren kommen aus den asiatischen Tigerstaaten. Der koreanische Konzern Daewoo hat Anfang der 1980er Jahre die ersten großen Textilfabriken gebaut, Maschinen geliefert und Arbeiter angeleitet. Weil das Lohnniveau in Bangladesch niedrig wie kaum wo anders ist, wurde die Textilindustrie von den mittlerweile wohlhabenden Staaten Ostasiens dorthin verlagert.

Millionen Menschen hängen an der Textilwirtschaft. Gerade für Frauen ist ein Arbeitsplatz in der Textilindustrie oft die einzige Möglichkeit, Geld zu verdienen und ihre Familien zu versorgen. Viele junge Frauen fliehen vor dem Arbeitsplatzmangel vom Land in die Stadt. Die meisten haben kaum eine Schulbildung genossen. Eine Anstellung in der Textilindustrie bedeutet Selbstständigkeit, vielleicht ein eigenes Konto, Unterstützung für die Familie. Bei gleicher Qualifikation bekommen sie im Schnitt fast ein Drittel weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Müssen sie aufgrund einer Schwangerschaft einige Zeit aussetzen, werden sie häufig wieder in die unterste Lohngruppe zurückgesetzt. Doch die Tatsache, dass Millionen Frauen einer Arbeit nachgehen, hat das traditionelle Frauenbild in Bangladesch verändert. Noch für ihre Mütter war es undenkbar, außerhalb des Hauses zu arbeiten, ein eigenes Einkommen zu erzielen und über die Verwendung von Geld mitzubestimmen.

Arbeitsbedingungen bei Produzenten für den deutschen Markt

Es ist nicht einfach, die Arbeitsbedingungen in den Fabriken zu überprüfen, die für den deutschen Markt herstellen. Die Unternehmen aus Deutschland produzieren in Bangladesch nicht selbst, sondern vergeben Aufträge an Fabriken dort. Sie wollen die Namen ihrer

Zulieferer nicht preisgeben. Arbeiterinnen einer Zulieferfabrik droht der Rauswurf, wenn sie mit Journalisten sprechen. Die internationale „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ hat Ende 2007 zusammen mit vier Trägerorganisationen (Inkota, Terre des Femmes, ver.di und NETZ) eine Studie über die Arbeitsbedingungen in Fabriken erstellen lassen, die für die deutschen Discounter Lidl und KiK nähen. Die mit der Studie beauftragte Organisation konnte die Fabriken nur anhand der Etiketten ausfindig machen, die die Arbeiterinnen in die Kleidung einnähen. Für die Studie interviewten sie 105 Arbeiterinnen und Arbeiter aus sechs Zulieferbetrieben. Die Ergebnisse zeigen ganz klar: Kleidung, die es bei Lidl oder KiK zu kaufen gibt, ist alles andere als sauber. Einziger Lichtblick: Kinderarbeit konnte den Fabriken nicht nachgewiesen werden. Doch gibt es bei keinem der sechs Zulieferer eine Gewerkschaft oder einen Betriebsrat. Die meisten Frauen machen täglich unfreiwillig Überstunden und arbeiten bis spät in die Nacht. Wer keine Überstunden leistet, fliegt raus. Die Lohnabrechnung ist bei allen sechs untersuchten Firmen nicht transparent, und es wird spät bezahlt. Wer krank, ist verliert seinen Job. Die Aufseher diskriminieren die Frauen, beschimpfen oder schlagen sie auch.

Eine typisches Beispiel für eine Arbeiterin, die für die Studie befragt wurde, ist die Geschichte der 19-jährigen Rekha. Sie näht T-Shirts für Deutschland. Seit drei Jahren arbeitet sie in der Textilindustrie. Sie kommt aus einer armen Familie aus dem Süden Bangladeschs. Als sie in der 7. Klasse war, wurde ihr Vater krank. Als ältestes der sechs Geschwister musste sie helfen, die Familie zu versorgen. An Schule war nicht mehr zu denken. Nun geht sie jeden Tag eine Stunde zur Fuß zur Fabrik. Anfangs, als ungelernte

Kraft, verdiente sie rund 9 Euro im Monat, heute als Näherin sind es 18 Euro. Ihren Lohn erhält sie immer erst einen Monat nach vollbrachter Arbeit. Rekha verlässt die Fabrik nie nach acht Stunden. Sie darf dann gehen, wenn sie das vorgegebene Ar-

„Ein T-Shirt für 1,99 Euro – das geht nur auf dem Rücken anderer.“

beitspensum erfüllt hat. Oft arbeitet sie die ganze Nacht – dafür erhält sie von der Fabrik eine Banane und etwas Brot im Wert von zwei Euro-Cent. Die Fabrikbesitzer beschäftigen am liebsten unverheiratete Mädchen wie sie, denn die kann man einfacher zwingen, abends in der Fabrik zu bleiben. „Ich werde in der Fabrik immer gedemütigt und erniedrigt,“ sagt Rekha „wir Arbeiterinnen werden bei jeder Gelegenheit beschimpft, gequält, fertig gemacht.“ Die Aufseher drohen ihnen ständig mit Lohnabzug oder dem Rauswurf. Genügend andere Frauen stehen ja bereit. Rekha berichtet, dass sie öfters ohnmächtig wird, weil es so stickig in der Fabrik ist. Sie wünscht sich eine Gewerkschaft für die Arbeiterinnen, aber wer einmal protestiert, dem wird sofort gekündigt, weiß sie zu erzählen. „Ich verbringe die meiste Zeit meines Lebens in der Fabrik, ich habe keine Zeit für mich selber, für meinen kranken Vater und für meine Familie,“ fügt sie hinzu.

Wer bezahlt den Preis für unsere Kleidung?

Ein T-Shirt, wie Rekha es näht, ist in deutschen Geschäften für wenige Euro zu haben, zum Beispiel bei KiK oder Lidl. KiK, der größte deutsche Textildiscounter, hat im Jahr 2006 1,27 Milliarden Euro Umsatz ge-

macht, 2,4 Prozent mehr als im Jahr davor. KiK will jedes Jahr 300 neue Filialen eröffnen, inzwischen gibt es mehr als 2.000 allein in Deutschland. Ein T-Shirt für 1,99 Euro – das geht nur auf dem Rücken anderer. In Deutschland beutet KiK Aushilfen mit Stundenlöhnen unter 5 Euro aus, Filialleiter verdienen einen Mindestlohn von 750 Euro. Azubis ersetzen das Putzpersonal. Doch am Ende der Produktionskette sitzt Rekha. Die Hälfte des Preises eines T-Shirts deckt die Kosten und den Umsatz des deutschen Einzelhandels.

Und was kommt bei Rekha in Bangladesch an? In der Regel nicht mehr als ein Prozent dessen, was wir am Ladentisch bezahlen.

Patrizia Heidegger ist Mitglied dieser Redaktion. Dieser Artikel wurde erstmals in „Lunapark 21. Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie“ (Heft 3/2008) veröffentlicht.



Wer bezahlt unsere Kleidung bei KiK und Lidl?



Im Jahr 2007 ließ die „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ eine Studie über die Arbeitsbedingungen bei Lieferanten der beiden deutschen Unternehmen Lidl und KiK in Bangladesch durchführen. 107 Arbeiterinnen und 29 Arbeitern aus sechs Fabriken wurden befragt. Durchgeführt wurde die Studie von Mitarbeitern der bangladeschischen Nichtregierungsorganisation Alternative Movement for Resources and Freedom (AMRF) Society. Dieser und der folgende Beitrag wurden (in gekürzter Fassung) folgender Broschüre entnommen: „Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und KiK?“, herausgegeben von der „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“, erschienen im Januar 2008. Diese Broschüre kann für 3,50 Euro, zuzüglich der Versandkosten, bei NETZ bestellt werden.



- Arbeitsrechtsverletzungen bei Lieferanten -

Bangladesch ist Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation („International Labour Organization“, ILO) und hat sich damit zur Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Organisation verpflichtet. Lidl und KiK verfügen über einen Verhaltenskodex als Grundlage ihrer Beziehungen zu ihren Lieferanten. Die Kodexe enthalten zumindest die Kernarbeitsnormen.

Unter den rund 4.500 Textilfabriken, die in Bangladesch für den Weltmarkt produzieren, die Lieferanten von Lidl und KiK ausfindig zu machen, war schwierig. Besonders kompliziert erwies sich die Suche nach den Fabriken, die ihrerseits Arbeitsaufträge erhalten von den für den deutschen Markt produzierenden Lieferanten, die so genannten Sub-Lieferanten. Im Rahmen der Studie konnten schließlich sechs Fabriken anhand von Etiketten und Lieferscheinen ausfindig gemacht werden. Fünf beliefern Lidl und drei beliefern KiK. Zwei Fabriken gehören demselben Unternehmer.

Die Studie hat schwerwiegende Arbeitsrechtsverletzungen bei den Lieferanten von Lidl und KiK aufgedeckt. Diese werden nach der folgenden Aufzählung ausführlicher erläutert.

- In keiner Fabrik gibt es eine Gewerkschaft oder einen Betriebsrat.
- Die Arbeiterinnen leisten fast regelmäßig zwei Überstunden am Tag, manchmal arbeiten sie noch länger in die Nacht hinein.
- Überstunden sind mit Ausnahme von einer Fabrik nicht freiwillig, werden auch vorher nicht angekündigt. Wer keine Überstunden leistet, fliegt aus der Fabrik.
- In zwei Fabriken wird an sieben Tagen pro Woche gearbeitet, in zwei an sechs Tagen, in den verbleibenden zwei Fabriken werden sechs bis sieben Tage gearbeitet.
- Eine der Fabriken bezahlte nicht einmal den seit Oktober 2006 angehobenen Mindestlohn.
- Die Abrechnung des Lohnes erfolgt in keiner Fabrik nach transparenten Kriterien.
- Löhne werden in mindestens drei Fabriken erst Mitte bis Ende des Folgemonats gezahlt.
- Überstunden werden unregelmäßig und intransparent bezahlt. Die Arbeiterinnen erhalten keine Abrechnung, auf der sie nachvollziehen können, wie viel Überstunden ihnen wie finanziell vergütet werden.
- Frauen werden schlechter bezahlt als Männer. Dies wird damit begründet, dass sie angeblich „leichtere“ Arbeit verrichten.
- Aufseher verhalten sich Frauen gegenüber diskriminierend. Zum Teil werden die Arbeiterinnen sogar beschimpft und geschlagen.
- Wer krank wird, verliert den Job. Medizin muss selber bezahlt werden. Nur kleinere gesundheitsbedingte Ausgaben werden von einigen Fabriken übernommen.
- Nach der Geburt von Kindern werden Arbeiterinnen zwar in einigen Fabriken wieder eingestellt, doch verlieren sie ihre Ansprüche aus früheren Zeiten. Sie fangen daher wieder mit einem Anfängergehalt an.
- Verlässt eine Arbeiterin den Arbeitsplatz bereits nach einem halben Tag, wird dafür ein Tagesgehalt vom Monatslohn abgezogen.
- Gefiltertes Trinkwasser wird nur in einer Fabrik zur Verfügung gestellt.
- Einige der Fabriken haben zwar offiziell eine Kantine, doch die Mehrheit der Befragten gab an, dass sie die Kantinen nicht nutzen können.
- Kindertagesstätte sind in einigen Fabriken räumlich vorhanden, werden aber nicht wirklich betrieben. Sie sind nur eine Fassade für externe Besucher.
- Die meisten Befragten haben noch nie etwas von einem Verhaltenskodex gehört.
- Vor den Kontrollen von Einkäufern werden die Angestellten über deren Besuche informiert und, unter der Androhung des Rauswurfs, angewiesen, nicht die Wahrheit zu sagen.
- Eine Fabrik wurde wegen eines Aufstandes der Beschäftigten für einen Monat geschlossen. Bei Wiedereröffnung wurden die Anführerinnen entlassen. Die ausstehenden Monatslöhne wurden ihnen nicht mehr ausgezahlt.

Keine Arbeitsverträge

Mit Ausnahme von sechs Frauen sagten alle anderen Befragten, dass sie keine Arbeitsverträge oder ähnliche Nachweise der Beschäftigung haben. 68 Personen gaben an, dass sie eine Personalkarte erhalten hätten. Diese wird monatlich neu ausgestellt und dient dazu, die Identität der Arbeiterinnen festzuhalten, und ist gleichzeitig ein Nachweis der Anstellung.

Status der Beschäftigten unklar

Beschäftigte der Bekleidungsindustrie sollten fest angestellt sein und auf einer monatlichen Basis von 30 Tagen entlohnt werden. In Wirklichkeit aber werden sie wie Zeitarbeiter behandelt. Wenn es keine Arbeit gibt, gibt es auch keinen Lohn. Faktisch heißt das, dass sie keine Arbeitsplatzsicherheit wie normale Beschäftigte besitzen. Wenn sie mal krank sind und einen Tag fehlen, wird ihnen dieser Tag vom Lohn abgezogen. Hat die Fabrik keine Aufträge, dann werden die Beschäftigten nicht bezahlt. Wie für Zeitarbeiter üblich, werden sie aber auch nicht nach jedem Arbeitstag, sondern erst am Ende des Monats bezahlt; oft sogar erst im Verlauf des nächsten Monats.

Lange Arbeitszeit

Die Beschäftigten in den untersuchten Fabriken beginnen ihren Dienst um 8 Uhr morgens. Mit Ausnahme von 23 Arbeiterinnen, die eine Regelarbeitszeit von 8 Stunden haben, arbeiten alle anderen länger. 38 Personen gaben an, bis 22 Uhr arbeiten zu müssen. Die Arbeitszeit beträgt so in der Regel zwischen 9 und 14 Stunden, mit einer Stunde Mittagspause. In zwei Fabriken wird an sieben Tagen pro Woche gearbeitet, in zwei Fabriken wird mal sechs Tage, NETZ 4/2008



Foto: Montiz Marbach

Stoffbahnsägen ohne Sicherheitseinrichtungen: Regel statt Aufnahme.

mal sieben Tage pro Woche gearbeitet. Nur zwei Fabriken halten die 6-Tage-Woche ein. Während des Fastenmonats Ramadan wird in manchen Fabriken von morgens 7 bis abends 20.30 Uhr oder 22.00 Uhr gearbeitet, mit weniger als 2 Stunden Pause. Die Frauen arbeiten also zeitweise 80 bis 100 Stunden die Woche, nach der ILO-Konvention Nr. 1 sind jedoch nur maximal 60 Stunden pro Woche erlaubt.

Unangekündigte Überstunden

Die Arbeiterinnen müssen Tagesziele erfüllen und Überstunden

ohne Bezahlung leisten, sollte das vorgegebene Pensum nicht erreicht werden. Fast alle Befragten gaben an, dass Überstunden keine Option, sondern verpflichtend sind. Nur in einer Fabrik kommt es kaum zu Überstunden und wenn, dann werden sie freiwillig geleistet. Die Fabriken informieren die Arbeiterinnen nicht im Voraus, wann sie Überstunden machen müssen. Sie bekommen dies erst am Morgen bei Arbeitsbeginn mitgeteilt. So haben sie keine Möglichkeit, sich darauf vorzubereiten.

Niedrigtlöhne

Nachdem zwölf Jahre lang der



Foto: KiK

Billige Kleidung aus Bangladesch: Eine KiK-Filiale in Deutschland.

Mindestlohn von der Regierung Bangladeschs trotz Inflation und steigender Lebenshaltungskosten nicht angehoben worden war, kam es im Jahr 2006 zu massiven Protesten. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und der Regierung, wurde der monatliche Mindestlohn auf 16 Euro festgesetzt. Trotz Veröffentlichung des neuen Lohnsystems im Amtsblatt der Regierung haben viele Fabriken dieses immer noch nicht eingeführt. Die Anhebung der Mindestlöhne garantiert allerdings bei weitem nicht die Abdeckung elementarer Grundbedürfnisse. Entsprechend der Aussagen der Befragten benötigt eine vierköpfige Familie zwischen 35 bis 100 Euro pro Monat. Von den untersuchten Fabriken wird in einer der Mindestlohn nicht gezahlt. Nur sieben Befragte gaben einen Monatslohn zwischen 35 und 55 Euro an. Alle anderen Personen nannten einen Lohn zwischen

14,30 bis 29,70 Euro. Die Miete für eine 16-Quadratmeter-Wohnung kostet bereits 9 Euro monatlich. Die aktuelle Verteuerung von Nahrungsmitteln bedroht die Existenz der Familien hunderttausender von Arbeiterinnen in der Textilindustrie.

Schlechte Gesundheitsversorgung

Nach Jahren der Arbeit in einer dieser Fabriken sind die Frauen und Männer physisch und psychisch ausgelaugt und erschöpft. Sie leiden an Gliederschmerzen, nachlassender Sehkraft, chronischen Kopfschmerzen und Symptomen von Unterernährung. Arbeiterinnen, die erkranken, müssen unbezahlten Urlaub nehmen. Arbeiterinnen können zwar nach der Geburt eines Kindes wieder in der gleichen Fabrik anfangen zu arbeiten, aber ihre bisherige Zeit in der Fabrik wird nicht angerechnet. In zwei der Fabriken besteht

die Regelung, dass Arbeiterinnen, die länger als drei Jahre in der Fabrik gearbeitet haben, drei Monate Mutterschaftsurlaub bei halber Bezahlung erhalten. Auffällig ist, dass die beiden Fabriken des gleichen Besitzers sehr unterschiedliche Arbeitsbedingungen aufweisen.

Diskriminierung und Belästigung der Arbeiterinnen

Mehr als 85 Prozent der Beschäftigten in der bangladeschischen Textilindustrie sind Frauen. Nach Angaben der Befragten stellen Fabrikeigentümer bevorzugt Frauen ein, da diese, im Gegensatz zu den Männern, mehr arbeiten und nicht protestieren. Zudem können sie oft aus Sicherheitsgründen und aufgrund ihrer Unterbringung – sie wohnen häufig bei Verwandten oder mit anderen Näherinnen zusammen – nicht so leicht die Fabrik wechseln. Frauen leisten Über-

stunden, wie die Fabrik es von ihnen verlangt, und erhalten einen geringer Lohn als ihre männlichen Kollegen. Die Frauen erdulden diese Diskriminierung, weil sie oft keine Alternativen haben. Es gibt kaum andere Arbeitsplätze für Frauen ohne Schulabschluss – außer die Arbeit als Tagelöhnerin in der Landwirtschaft, Steinklopferin oder als Dienstmädchen, wo sie noch schlechter bezahlt werden. Letztere können sich zudem gegen sexuelle Belästigungen des Hausherrn nicht wehren.

Verbale und physische Diskriminierungen sind häufig. Einige Befragte berichten sogar von Schlägen infolge eines vermeintlichen Fehlverhaltens. Beleidigungen und ein ruppiger Ton durch die Vorgesetzten sind an der Tagesordnung. In einer der sechs Fabriken allerdings wird solch ein Verhalten von Seiten der Manager angezeigt. Die Befragten berichten darüber hinaus von Entlassungen, die auf entwürdigende Weise abliefen. Frauen sind oft sexuellen Belästigungen ausgesetzt. Ihre Vorgesetzte versuchen sie mit Gehaltserhöhungen und Beförderung zu locken.

Die offene Diskriminierung gegenüber Frauen wird auch daran deutlich, dass sie oft nur einfache Maschinen bedienen dürfen. Sie schneiden Fäden ab und arbeiten als Helferin oder Näherin. Männliche Kollegen bügeln und bedienen die größeren Maschinen. Frauen

werden normalerweise nicht zur Aufseherin ernannt. In den sechs Fabriken gab es nur eine Frau, die diesen Arbeitsplatz innehatte.

Keine Vereinigungsfreiheit, keine Gewerkschaften

In keiner der sechs Fabriken gibt es eine Gewerkschaft oder einen Betriebsrat. Die Angst vor Entlassungen ist so groß, dass die meisten Arbeiterinnen es nicht wagen, sich zu organisieren, und schon gar nicht, öffentlich zu protestieren und ihre Rechte einzuklagen. Fast alle Befragten wünschen sich allerdings eine Gewerkschaft in ihrer Fabrik. 53 Befragte haben in den letzten fünf Jahren an Demonstrationen teilgenommen.

In einer Fabrik organisierte eine Arbeiterin die Belegschaft und erreichte, dass die Arbeit nach einem Brand zügig wieder aufgenommen werden konnte. Hierfür wurde sie allerdings von ihren Vorgesetzten entlassen. In einer anderen Fabrik gab es einen Aufruhr wegen schlechter Bezahlung. Die Anführerinnen wurden entlassen, und der noch ausstehende Lohn der letzten Monate wurde ihnen nicht ausgezahlt.

Verhaltenskodex unbekannt

Nahezu alle befragten Personen haben das Wort „Verhaltenskodex“ noch nie gehört. Jedoch ist ihnen bewusst, dass ihre Fabriken

von oder im Auftrag von ausländischen Einkäufern besichtigt werden und diese gelegentlich auch mit ihnen reden. Den Angaben der Befragten zufolge veranstalten die Besitzer der Fabriken während dieser Besichtigungen eine Show. Toiletten werden geputzt. Die Arbeiterinnen werden aufgefordert, zu erklären, dass in ihrer Fabrik keine Kinder arbeiten, dass die Arbeitsatmosphäre angenehm ist und der Lohn pünktlich ausgezahlt wird. Sie sollen außerdem erzählen, dass sie regelmäßig Urlaub erhalten, keine erzwungenen Überstunden leisten und auch nicht nachts arbeiten müssen. Bei Fragen nach ihrem Lohn sollen die Arbeiterinnen einen höheren Lohn als den tatsächlichen angeben. Sehr junge und jung aussehende Arbeiterinnen werden bei Besuchen von Einkäufern gezwungen, dem Arbeitsplatz fernzubleiben. Bei unangekündigten Besuchen werden sie auf den Toiletten eingesperrt. Die Befragten berichten von Fälle, in denen Arbeiterinnen den Einkäufern die reale Situation darlegten und daraufhin ihren Arbeitsplatz verloren.

Die „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ fordert von Lidl und KiK

Setzen Sie den **Verhaltenskodex** der „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ bei Ihren Zulieferern um und lassen Sie dies durch eine externe unabhängige Instanz kontrollieren. Verändern Sie Ihre Einkaufspraktiken, so dass Ihre Lieferanten Sozialstandards einhalten können.

Stellen Sie **Transparenz** her: Nennen Sie Ihre Lieferanten in den Produktionsländern und berichten Sie regelmäßig über die unternommenen Schritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Sozialstandards müssen in Produktion und Verkauf eingehalten werden, insbesondere: Zahlung existenzsichernder bzw. tariflicher Löhne für alle geleisteten Arbeitsstunden und Organisationsfreiheit der Beschäftigten.

- Einkaufspraktiken und ihre Auswirkungen -

Diese von den Befragten der Studie genannten Arbeitsrechtsverletzungen sind zum einen im unerfahrenen und schlechten Management lokaler Fabrikbesitzer begründet, zum anderen sind sie die direkte Konsequenz der Einkaufspraktiken der Unternehmen aus Europa und den USA. Doch wie werden eigentlich Aufträge vergeben und welchen Druck üben die Einkäufer aus Deutschland und den anderen Industrienationen auf die Zulieferer in Bangladesch aus?

Der Weg eines Auftrags

Ein Unternehmen wie KiK und Lidl – im Folgenden als Einkäufer bezeichnet – hat seinen Sitz in Deutschland. Es kann seine Aufträge auf unterschiedliche Art und Weise platzieren. Eine Möglichkeit ist, den Auftrag direkt an den Lieferanten in Bangladesch zu vergeben. Das passiert jedoch relativ selten. Eine andere Möglichkeit ist der Weg über einen Importeur. Lidl und Aldi etwa kooperieren vor allem mit Importeuren, von KiK ist das weniger bekannt. Dieser Importeur arbeitet direkt mit einem Fabrikbesitzer in Bangladesch zusammen und erteilt ihm den Auftrag. Oft haben die Importeure sogar eigene Niederlassungen in den Produktionsländern und senden den Auftrag an ihr jeweiliges Landesbüro. Wenn der Einkäufer nicht mit Importeuren zusammen-

arbeitet, hat er auf jeden Fall eine Vertretung entweder vor Ort oder in der Region. Dieses Büro vergibt letztendlich den Auftrag an eine lokale Fabrik. Die Fabrik wiederum stellt die Ware entweder selber her oder gibt den Auftrag oder Teile davon an eine andere Fabrik weiter, weil sie selbst nicht die bestellte Menge in der gewünschten – oft sehr kurzen – Zeit produzieren kann oder mit anderen Aufträgen ausgelastet ist.

Ungleiche Machtstrukturen prägen Einkaufspraktiken

Dieses System basiert auf ungleichen Machtstrukturen. Die Stärksten – die Einkäufer – stehen oben an der Spitze. Die Schwächsten sind die Angestellten in den Textilfabriken. Einkäufer nutzen ihre gewaltige Kaufkraft, um Lieferanten zu zwingen, schneller, billiger und flexibler zu produzieren.

„Die Preise haben sich in den letzten zehn Jahren halbiert, die Lebenskosten haben sich dagegen verdoppelt“, klagt ein Lieferant. Bei einer im Jahr 2005 durchgeführten Untersuchung von acht Textilfabriken in Dhaka berichten die Fabrikbesitzer, dass die Preise für Kleidung, die das englische Handelshaus Tesco ihnen bezahlt, 5 bis 10 Prozent niedriger sind als drei Jahre zuvor. „Wir können

nicht wirklich verhandeln, weil wir Angst haben, dass sie den Auftrag an einen anderen Lieferanten oder an ein anderes Land vergeben“, so ein Fabrikbesitzer.

Viele der internationalen und deutschen Einkäufer nutzen ihre Macht oft schamlos aus. Zum Beispiel kommt es vor, dass sie die Lieferanten nicht mehr um ein Angebot bitten, bevor ein Auftrag vergeben wird. Die Einkäufer geben die Preise und andere Bedingungen einfach vor. Der Lieferant kann diese nur akzeptieren oder den Auftrag ablehnen. Für Verhandlungen ist kein Raum. Aufgrund des enormen Wettbewerbsdruck in den Produktionsländern findet sich immer ein Lieferant, der jeden noch so niedrigen Preis akzeptiert. Der Einkäufer spielt so die Lieferanten gegeneinander aus und bekommt so den günstigsten Preis.

Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Sozialstandards ist nur möglich, wenn die Einkäufer dazu gebracht werden ihre Einkaufspraktiken zu ändern. Preise und Lieferzeiten dürfen nicht einseitig diktiert werden. Langfristige, sichere und vertrauensvolle Geschäftsbeziehungen zu den Lieferanten müssen aufgebaut werden. Eine sichere und regelmäßige Abnahme von Waren muss den Lieferanten garantiert werden.

Die „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ fordert von der Bundesregierung

Freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen haben sich als unzureichend erwiesen, deshalb sind **verbindliche, gesetzlich verankerte Unternehmensverpflichtungen** notwendig.

1. Unternehmen müssen in einem jährlichen Bericht über die Einhaltung der Menschenrechte und der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation in ihren Unternehmen und

bei ihren Zulieferern Rechenschaft ablegen.

2. Bei Verletzung der Sozialstandards müssen Sanktionen und Haftungsregeln eingeführt werden.

Eine Zwischenbilanz der Tchibo-Kampagne

Vom Schmutzdelkind zum Musterknaben?

VON HEIKO HEROLD

Im Februar 2005 publizierte die „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ eine Broschüre über die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Zulieferbetrieben des Tchibo-Konzerns in Bangladesch. Das war der Auftakt für eine mehrmonatige, öffentlichkeitswirksame Kampagne mit dem Ziel, das Unternehmen hinsichtlich seiner globalen Sozialverantwortung in die Pflicht zu nehmen. Die Kampagne war erfolgreich: Tchibo nimmt inzwischen das Thema sehr ernst und hat einige Anstrengungen unternommen. Allerdings muss auch festgestellt werden: Die Arbeitsbedingungen der Näherinnen haben sich bisher noch nicht verbessert.

Seit über 18 Jahren engagiert sich die „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ („Clean Clothes Campaign“, CCC), ein multinationales Netzwerk aus Hunderten Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen und anderen Gruppen, für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und verantwortliches Handeln in der globalen Textilindustrie. Durch öffentlichen Druck, Verhandlungen mit Unternehmen und die Unterstützung von Angestellten in der Textilindustrie und ihren Organisationen will sie die großen transnationalen Konzerne dazu bewegen, weltweit verbind-

liche Sozialstandards einzuhalten. Grundlage hierfür sind die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation und die fundamentalen Arbeitsrechte des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften. Kaufboykotte lehnt

*„Kein Arbeitsvertrag,
Niedrigstlohn, 80- bis
100-Stunden-Woche,
unbezahlte Überstunden,
drakonische Strafen,
sexuelle Belästigung, ...“*

die CCC ausdrücklich ab, weil diese letztlich nur dazu führen, dass Arbeitsplätze bei den Zulieferbetrieben verloren gehen und in andere Länder verlagert werden, ohne dass sich sonst viel ändert.

Einer der Großkonzerne, der sich über Jahrzehnte kaum um die Arbeitsbedingungen in seinen Zulieferbetrieben gekümmert hat, ist Tchibo. Das Unternehmen ist einer der größten Kaffeeproduzenten der Welt, erzielt inzwischen jedoch fast drei Viertel seines Umsatzes und mehr als achtzig Prozent seines Gewinns mit Konsumgütern im so genannten Non-Food-Bereich. Zum Kerngeschäft zählt der Handel mit

Textilprodukten der Eigenmarke TCM, die überwiegend in Asien, vor allem in Bangladesch, China und Thailand, sowie in der Türkei hergestellt werden. Mit dem erklärten Ziel, die gleichgültige Haltung des Konzerns zu den schlechten Arbeitsbedingungen in seinen Zulieferbetrieben zu ändern, bildete sich in 2003 eine von der CCC koordinierte „Tchibo-Arbeitsgruppe“, der Vertreter von Terre des Femmes, Inkota und NETZ sowie den Gewerkschaften ver.di und IG Metall angehörten.

Zunächst gab die Arbeitsgruppe eine Studie in Auftrag, um die Arbeitsbedingungen in bangladeschischen Textilfabriken zu untersuchen, welche für Tchibo produzierten. Im Frühsommer 2004 wurden hierfür zahlreiche Arbeiterinnen, Fabrikbesitzer und Gewerkschafter interviewt. Die Ergebnisse der Studie waren erschütternd und bestätigten die schlimmsten Befürchtungen der CCC: Kein Arbeitsvertrag, Niedrigstlohn, 80- bis 100-Stunden-Woche, unbezahlte Überstunden, drakonische Strafen für Fehlzeiten oder Fehler bei der Arbeit, sexuelle Belästigung, reglementierte Toilettengänge, unmenschliche Arbeitsplatzbedingungen in überfüllten, heißen und staubigen Fabriken – all das gehört zum Arbeitsalltag von Arbeiterinnen, die in Bangladesch



Foto: Moritz Marbach

Tchibo – „Jeden Tag eine neue Welt“? Hoffentlich bald auch für Textilarbeiterinnen in Bangladesch.

für Tchibo Kleidungsstücke nähen.

Ein Fall erregte besondere Aufmerksamkeit: Anfang August 2003 waren rund vierzig Arbeiterinnen und Arbeiter der Fabrik Urmi Garments, einem langjährigen Zulieferbetrieb von Tchibo, nach stundenlangen Verhören wegen Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft fristlos entlassen worden. Die gesetzlich vorgeschriebene Abfindung in Höhe von drei Monatslöhnen erhielten sie nicht. Ihnen wurde lediglich die Auszahlung ihres Restlohnes zugesagt. Fast alle Betroffenen akzeptierten diese schlechten Kündigungsbedingungen. Drei junge Frauen jedoch, Mahfuza, Morzina und Munni, setzten sich dagegen zur Wehr und zogen, unterstützt von ihrer Gewerkschaft, vor Gericht.

Nach einem ersten Gespräch im September informierte die CCC den Tchibo-Vorstand im Oktober 2004 über den Fall Urmi Garments.

Gleichzeitig kritisierte sie den Verhaltenskodex des Konzerns für Zulieferer, der in vielen Punkten nicht den globalen Vereinbarungen zur Sicherung sozialer Mindeststandards entsprach. Die Vertreter der Kampagne forderten ein systematisches Monitoring und eine externe Überprüfung der Fabriken durch ein unabhängiges Gremium, dem auch Vertreter lokaler Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen angehören sollten. Die Konzernleitung reagierte unwirsch: Sie wies jegliche Verantwortung für die Firma Urmi Garments von sich, bestritt sogar, dass Tchibo dort in 2003 noch produziert habe, was den Aussagen der drei Arbeiterinnen widersprach, und drohte der CCC mit rechtlichen Schritten.

Nun ging die Arbeitsgruppe mit ihren Informationen an die Öffentlichkeit. Aktionsgruppen und individuelle Unterstützer der CCC schickten zahlreiche Protestmails und Protestpostkarten an den Tchi-

bo-Vorstand, verteilten deutschlandweit Flugblätter über den Fall Urmi Garments und inszenierten Straßentheater in verschiedenen Städten. Im Dezember 2004 unterrichtete die Kampagnenleitung den Betriebsrat von Tchibo über die Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen in den Zulieferbetrieben. Kurz darauf brach die Konzernleitung die Gespräche mit der Arbeitsgruppe ab.

Ende Januar 2005 wiederholte die CCC ihre Kritik und ihre Forderungen in einem offenen Brief an Tchibo. Wenige Tage später publizierte sie die Ergebnisse der Studie aus dem Vorjahr in einer Broschüre mit dem Titel „Tchibo – jede Woche eine neue Welt? Nicht für die TextilarbeiterInnen in Bangladesch!“, in der auch ausführlich über den Fall Urmi Garments berichtet wurde. Der zunehmende öffentliche Druck zeigte Wirkung: Im April stellte der Konzern eine Referentin für „Corporate Social Affairs“ (Anm. d.

Red.: soziale Unternehmensverantwortung) ein, die rasch Bereitschaft zur Wiederaufnahme des Dialogs mit der CCC signalisierte. Zu mehr jedoch war Tchibo zu diesem Zeitpunkt nicht bereit.

Deshalb erhöhte die CCC den öffentlichen Druck auf das Unternehmen und machte im Oktober soziale Missstände in dessen Zulieferbetrieb Basic Apparels publik. Dabei handelte es sich bewusst um eine Fabrik, die nicht zu den schlimmsten zählte, sondern für bangladeschische Verhältnisse relativ gut ausgestattet war. Obwohl sie sich in österreichischem Besitz befand, kam es dort zu zahlreichen schwerwiegenden Arbeitsrechtsverletzungen. Darüber berichteten unter anderem zwei Arbeiterinnen, Rina Begum und Shahida Sarker, die, wie viele andere, wegen Gewerkschaftszugehörigkeit von Basic Apparels entlassen worden waren. Die CCC lud die beiden Frauen nach Europa ein und organisierte für sie eine Rundreise durch mehrere Städte in Deutschland und Österreich. In diesem Rahmen besuchten sie auch die Konzernzentrale von Tchibo in Hamburg und führten dort ein Gespräch mit dem Betriebsrat. Zusätzlich verstärkt wurde der öffentliche Druck auf die Unternehmensleitung, als Mitte Oktober die Fernsehmagazine Monitor in Deutschland und Weltjournal in Österreich über die desolaten Arbeitsbedingungen bei Basic Apparels und anderen Zulieferbetrieben berichteten.

Nun begann ein Umdenken bei Tchibo. Immerhin stand der gute Ruf des Unternehmens auf dem Spiel, zumal die CCC kontinuierlich weitere Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen in Zulieferbetrieben publik machte. Ende 2005 engagierte die Konzernleitung einen Experten für gesellschaftliche Unternehmensverantwortung als externen Berater. Dieser riet Tchibo zu einem Kurswechsel: Anstatt die

Arbeitsrechtsverletzungen weiter zu leugnen, sollten die Zulieferer fortan bei der Umsetzung von Sozialstandards unterstützt werden. Seine Strategie überzeugte den Tchibo-Vorstand, jedenfalls begann der Konzern Ende 2005 tatsächlich, seine globale Sozialverantwortung ernst zu nehmen und in einen ernsthaften Dialog mit der CCC einzutreten.

Den Worten folgten rasch auch Taten: Anfang 2006 reiste eine Tchibo-Delegation nach Bangladesch und einigte sich mit der im Fall Basic Apparels zuständigen Gewerkschaft, dass die entlassenen Angestellten wahlweise eine Entschädigung in Höhe von sechs Monatsgehältern erhalten oder in der Fabrik wieder eingestellt werden sollten. Fast alle Betroffenen entschieden sich für die Entschädigung, welche Ende Februar ausbezahlt wurde. Anschließend begann Tchibo in Abstimmung mit der CCC seinen Verhaltenskodex für Zulieferer den globalen Vereinbarungen zur Sicherung sozialer Mindeststandards anzupassen. Parallel dazu etablierte der Konzern eine Abteilung für „Corporate Responsibility“ (Anm. d. Red.: Unternehmensverantwortung), die direkt an den Vorstandsvorsitzenden berichtet. Seitdem unternimmt der Konzern zahlreiche Aktivitäten mit dem erklärten Ziel, eine effektive Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei seinen Zulieferern zu erreichen.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren führte Tchibo weltweit Hunderte interner Überprüfungen der Sozialstandards in seinen Zulieferbetrieben durch, die weitere Missstände aufdeckten. Zudem entwickelte der Konzern Schulungsprogramme für Arbeiterinnen und Fabrikbesitzer, die in ausgewählten Betrieben, darunter auch Basic Apparels, getestet wurden. Vor kurzem hat Tchibo ein auf zwei Jahre befristetes Pilotprojekt mit dem Titel „Worldwide Enhance-

ment of Social Quality“ (Anm. d. Red.: Projekt für eine wirksamere Umsetzung von Sozialstandards) begonnen, das der Konzern in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und mit finanzieller Unterstützung des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) durchführt. Daran nehmen insgesamt vierzig Zulieferer in Bangladesch, China und Thailand teil. Ziel des Projektes ist eine Verbesserung der Sozialstandards in den Betrieben durch themenspezifische Trainings der Fabrikleiter und der Arbeiterinnen etwa in den Bereichen Arbeits- und Gesundheitsschutz, Entlohnung, Gewerkschafts- und Tarifverhandlungsfreiheit, Arbeitszeiten, Kinderarbeit und Nicht-Diskriminierung. In diesen Prozess werden auch Vertreter von lokalen Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften einbezogen. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass die Arbeitnehmervertreter nicht frei gewählt, sondern von der Fabrikleitung ernannt wurden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Trainings dazu führen, dass sich die Arbeiterinnen frei organisieren und für ihre eigenen Interessen selber einsetzen können.

Heiko Herold ist Historiker und Publizist mit den Schwerpunkten Balkan, Süd- und Ostasien. Seit vielen Jahren



beschäftigt er sich vor allem mit Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in historischer und gegenwärtiger Perspektive.

MELDUNGEN AUS BANGLADESCH

Parteienregistrierung

Die Vorbereitungen für die Parlamentswahl am 18. Dezember laufen auf Hochtouren. Bis zum 20. Oktober haben 107 politische Parteien, die zur Wahl antreten wollen, ihre Registrierung bei der Wahlkommission in Dhaka eingereicht. Darunter auch alle großen Parteien des Landes. Da die Satzungen der meisten Parteien nicht den Anforderungen der Wahlkommission entsprachen, mussten sie vor der Registrierung ihre Satzungen ändern. Die Bangladesh Nationalist Party (BNP) ergänzte ihre Satzung unter anderem durch den Passus, dass bis zum Jahr 2020 ein Drittel aller Posten in den Parteigremien mit Frauen besetzt werden sollen. Die islamistische Partei Jamaat-e-Islami hat zwölf der 13 Absätze ihrer Satzung geändert. So fordert die Partei nun nicht mehr „die Herrschaft Allahs“, sondern möchte „eine faire und gerechte islamische Gesellschaft“ herbeiführen. Außerdem können jetzt auch Nicht-Muslime der Partei beitreten. Erstmals wird in die Satzung der Beitrag der Freiheitskämpfer des Unabhängigkeitskrieges von 1971 hervorgehoben und gewürdigt.

Fakhruddin Ahmed, Chef der Übergangsregierung, kündigt unter dessen an, dass der Ausnahmezustand vor der Wahl nicht aufgehoben werden soll. Lediglich sollen einige für den Wahlkampf relevante Bestimmungen gelockert werden. Er begründete die Entscheidung u.a. damit, gewaltbereite Anhänger der Parteien von der Straße fernhalten zu wollen. Die Parteien würden dadurch aber

nicht in ihrer Arbeit behindert, so Ahmed. Diese fordern jedoch schon lange die Aufhebung des Ausnahmezustands. Bürgerrechtler verurteilen das Fortdauern des Ausnahmezustands als verfassungswidrig. In Bangladesch herrscht seit 11. Januar 2007 Ausnahmezustand. Die Übergangsregierung unter Fakhruddin Ahmed wird vom Militär gestützt. (ph, nr)

Klimakonferenz in London

Die Teilnehmenden der im September in London stattgefundenen „UK-Bangladesh Climate Change Conference“ der Royal Geographic Society riefen nicht nur zu einer weltweiten Reduzierung der Treibhausgase auf, sondern forderten auch die Industrienationen auf, Bangladesch bei Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels finanziell zu unterstützen. Die Konferenz war die erste ihrer Art, die ausschließlich den Folgen des Klimawandels für Bangladesch gewidmet war. Die Konferenzteilnehmer betonten, dass der hohe Ausstoß von Kohlenstoffdioxid in den Industrienationen letztlich dazu führt, dass die Millenniumsentwicklungsziele in Bangladesch nur sehr schwer erreicht werden können. Der Hauptgrund hierfür läge bei den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft und somit auf die Nahrungsmittelsicherheit.

Die britische Regierung sagte Bangladesch umgerechnet 94,5 Millionen Euro an Unterstützung für die nächsten fünf Jahre zu. Dies ist der erste Vorstoß einer

Industrienation, einem Entwicklungsland direkt finanziell bei der Bekämpfung der Folgen des Klimawandels zu helfen. Vertreter der bangladeschischen Regierung und Zivilgesellschaft hoffen, dass sich auch andere europäische Länder und die Weltbank an einem Fonds beteiligen. (ph, nr)

Universität für Frauen eröffnet

In Chittagong weihte Nobelpreisträger Dr. Muhammad Yunus die Asian University for Women (AUW), eine Hochschule nur für Frauen, ein. Die Universität soll Studentinnen aus Bangladesch und dem Ausland anziehen, zur Völkerverständigung beitragen und Führungspersönlichkeiten hervorbringen. Der Chef der Übergangsregierung, Fakhruddin Ahmed, betonte, die neue Universität solle dazu beitragen, die asiatische Identität zu stärken und die wirtschaftlichen Entwicklung der Region zu fördern.

Die Universität verpflichtet sich, die Hälfte aller Studierenden aus Familien auszuwählen, in denen bislang noch niemand eine Hochschule besucht hat. Studentinnen aus armen, ländlichen oder Flüchtlingsfamilien sollen bevorzugt aufgenommen werden. Die jungen Frauen sollen hauptsächlich aus dem Nahen Osten, Süd- und Südostasien kommen. Die kalifornische Universität von Stanford und die Universität von Aalborg, Dänemark, werden mit der AUW kooperieren. (ph)

Arbeitsrechtsverletzungen im Nahen Osten

Seit einigen Monaten stehen die Arbeitsbedingungen bangladeschischer Wanderarbeiter in verschiedenen Ländern des Nahen Osten stark in der Kritik. Schon im Sommer protestierten immer wieder Arbeiter in Kuwait gegen niedrige Löhne und unregelmäßige Bezahlung. Diese arbeiten u.a. als Personal in öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Ministerien, Universitäten und Palästen. Die Arbeiter berichteten, dass sie bis zu 16 Stunden am Tag arbeiten müssen. Obwohl ihnen viel mehr Geld versprochen worden war, erhalten sie nur Monatslöhne von knapp 45 Euro. Die Vermittlungsagenturen zwingen sie außerdem, ihre Flugtickets bei besonders teuren Anbietern zu kaufen. Nach Angaben der Arbeiter wurden viele von ihnen aufgrund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen und der vielen Überstunden krank. Aber selbst im Krankheitsfall müssen sie auf der Arbeit erscheinen.

Auch im benachbarten Saudi-Arabien sind die Arbeiter der Willkür der Vermittlungsagenturen ausgesetzt. Anfang September hatten 450 Arbeiter in Riad ohne Wasser und Nahrung tagelang auf der Straße gesessen. Der für sie zuständigen Agentur zufolge waren die Männer früher als geplant im Land angekommen und mussten somit auf ihre Einstellung warten. Da sie nicht genügend Geld hatten, konnten sie sich keine Unterkunft leisten. Eine bangladeschische Hilfsorganisation kümmerte sich schließlich um die Arbeiter. Allein in Kuwait leben rund 250.000 Arbeiter aus Bangladesch. Im September verabschiedete das Parlament eine Empfehlung, keine ungelerten Arbeiter aus Bangladesch mehr aufzunehmen. Die meisten Bangladeschis in

Kuwait sind als Hilfsarbeiter und in ungelerten Jobs angestellt, zum Beispiel als Nachtwächter oder in der Ölindustrie. (ph, nr)

Khaleda Zia frei

Khaleda Zia, ehemalige Premierministerin Bangladeschs und Vorsitzende der Bangladesh Nationalist Party (BNP), wurde am 11. September nach etwas mehr als einem Jahr aus der Haft entlassen. Vor Tausenden von Anhängern verkündete sie, dass sie zur Parlamentswahl im Dezember antreten werde.

Tarique Rahman, Zias Sohn und ihr politischer Erbe, war bereits wenige Tage vor seiner Mutter, nach 18 Monaten im Gefängnis, auf Kautionsfreigelassen worden. Nach einem Treffen mit Khaleda Zia am Tag ihrer Haftentlassung trat er von allen Parteiämtern zurück. Noch am selben Abend verließ er das Land in Richtung Großbritannien. Hier will er sich aufgrund einer Verletzung der Wirbelsäule einer medizinischen Behandlung unterziehen. Aussagen seiner Familie zufolge wird er in den kommenden Jahren der bangladeschischen Politik fernbleiben. In den Wochen zuvor hatte Khaleda Zia ihre Haftentlassung eng mit der ihres Sohnes verknüpft. Ranghohe Vertreter der BNP hatten Zias Freiheit als Grundvoraussetzung für die Teilnahme der Partei an den im Dezember stattfindenden Parlamentswahlen genannt.

Khaleda Zia hat gleich nach ihrer Freilassung angekündigt, mit der Übergangsregierung und auch mit Vertretern der Awami League in Dialog zu treten. Politische Beobachter werten ihre Haftentlassung als vorläufiges Ende der Spannungen zwischen der Übergangsregierung und der BNP. (ph, nr)

Verkehrsplan für Dhaka

Die Übergangsregierung hat einen umfassenden Plan vorgelegt, mit Hilfe dessen ein umweltfreundliches und integriertes Verkehrssystem für Dhaka geschaffen werden soll. Sein Hauptziel ist es, die angespannte Verkehrssituation in Dhaka zu verbessern und die Ursachen für die Entstehung von Verkehrstaus zu bekämpfen. Der Verkehrsplan ist auf 20 Jahre ausgerichtet und schließt neben Dhaka auch die im Ballungsgebiet der Metropole gelegenen Städte Narayanganj, Narsingdi, Munshiganj und Gazipur sowie den Distrikt Manikganj ein. Er beinhaltet u.a. Infrastrukturmaßnahmen für Fußgänger, den Ausbau eines U-Bahn-Netzes, ein neues Beförderungssystem durch Schnellbusse, den Bau neuer Straßen und erhöhter Fahrbahnen, die stark befahrene Kreuzungen überqueren sollen, sowie eine optimierte Ost-West-Verbindungsstraße. Für die Maßnahmen werden insgesamt Kosten von umgerechnet 3,9 Milliarden Euro angesetzt.

Der Verkehrsplan soll in drei Phasen umgesetzt werden. Zunächst sollen sechs neue Verbindungsstraßen zwischen verschiedenen Stadtteilen gebaut werden. In der zweiten Phase sollen ein Dutzend weitere Straßen, drei erhöhte Stadtautobahnen sowie eine erste U-Bahn-Linie entstehen. In der letzten Phase soll hauptsächlich das U-Bahn-Netz ausgebaut werden. Die Finanzierung des Projekts ist allerdings noch nicht abgesichert, so der Chef der Übergangsregierung Fakhruddin Ahmed. Er hofft auf Geldgeber aus den Industrienationen. (ph, nr)

TERMIN

Rundreise einer Textilarbeiterin

Vom 14. November bis 9. Dezember 2008 kommen Shahida Sarker und Suma Sarker aus Bangladesch nach Deutschland und Österreich, um über die Arbeitsbedingungen in Fabriken zu berichten, in denen deutsche Discounter Kleidung für den hiesigen Markt produzieren lassen. Shahida Sarker hat bis 1996 als Näherin gearbeitet und ist seit 1995

Gewerkschaftsmitglied. Seit 2005 ist sie Vorsitzende der Textilarbeiter-Gewerkschaft National Garments Workers Federation. Suma Sarker arbeitet seit ihrem 13. Lebensjahr in Bekleidungsfabriken. Als Mitglied der „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“ organisiert NETZ die Reise. Weitere Informationen unter www.bangladesch.org/aktuell

VERNETZUNG

Bangladesch-Tagung

Vom 17. bis 19. Oktober fand in Hannover die Bangladesch-Tagung des „Arbeitskreis Bangladesch in Niedersachsen“ (AK BiN) unter dem Motto „Dialog & Austausch – Niedersachsen, Europa und Bangladesch“ statt. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion referierten u.a. Sultana Kamal, Geschäftsführerin von Ain o Salish Kendra, und Lord Eric Avebury, Vizevorsitzender des Menschenrechtsausschusses der britischen

Regierung, zur aktuellen politischen Situation in Bangladesch und diskutierten mit den Teilnehmenden der Tagung über die Möglichkeiten der Unterstützung aus Europa für freie und faire Parlamentswahlen. Workshops boten Anregungen und Raum für Diskussionen zu den Themen Klimawandel und Klimaschutz, Globales Lernen sowie zum Werk Rabin-dranath Tagores.

VERANSTALTUNG

Handelsmesse in Dhaka

Die bangladeschisch-deutsche Industrie- und Handelskammer hat vom 6. bis 8. November 2008 in Dhaka die erste deutsche Handelsmesse in Bangladesch organisiert. Sie wurde unterstützt von der deutschen Botschaft und der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). Rund sechzig Unternehmen, insbesondere aus der Textil-, Chemie- und Energieindustrie, präsentierten ihre Arbeit und Handelsbeziehungen. Auch das Goethe-Institut war mit einem Stand auf der Messe vertreten. NETZ war eingeladen, die Arbeit der Organisation als einen weiteren Schwerpunkt der deutsch-bangladeschischen Beziehungen zu präsentieren. In zahlreichen Gesprächen informierten Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Freiwillige interessierte Messebesucher über die Arbeit von NETZ.



Foto: S haraf Ahmed

Diskutieren über die bevorstehende Parlamentswahl: Sultana Kamal, Lord Avebury und Veranstalter Klaus Strempel.



Foto: NETZ

S. Masud und P. Kappstein informieren über NETZ auf der Messe.

Besuch aus Bangladesch

Im September 2008 organisierte NETZ eine Dialog- und Lernreise mit acht haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus zwei bangladeschischen Partnerorganisationen. Zu Besuch waren fünf Schülerinnen und eine Lehrerin, die sich mit ihrer ehrenamtlichen Theaterarbeit für die Durchsetzung von Menschenrechten auf Dorfebene einsetzen. Begleitet wurden sie von Motahar Akand, Koordinator der Theaterarbeit der Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra, und Abdus Salam, dem Geschäftsführer von Gana Unayan Kendra.

Drei Wochen lang vermittelten die Besucher den Teilnehmenden an Veranstaltungen in Schulen, Weltläden und Kirchengruppen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg einen Einblick in die Entwicklungsarbeit und in ihr Leben in Bangladesch. Am Michael-Ende-Gymnasium in Tönisvorst führten die Besucher gemeinsam mit deutschen Schülerinnen und Schülern ein Theaterstück vor eine begeisterten Publikum auf. In Ravensburg beteiligten sie sich an einem Sternmarsch für Kinderrechte; Anlass war der Auftakt der Aktionswochen „Kinder brauchen eine Zukunft“ des Ravensburger Arbeitskreises „Agenda 21“. NETZ organisierte die Reise im Rahmen des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ins Leben gerufenen „Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramms“ (ENSA). Ende 2007 waren neun Schülerinnen sowie eine Lehrerin und ein Lehrer aus Baden-Württemberg nach Bangladesch gereist.



Teilnehmerinnen der Reise auf einer Bildungsveranstaltung in Rottenburg.



Auftritt in Ravensburg anlässlich einer Aktionswoche.



Entspannen von den Reisesträpazen in einer Turnhalle.



Foto: Mascha Schulz

GRUNDBILDUNG

WeltKlasse! – Partnerschaft mit Schulen in Bangladesch

Ein Kind steckt voller Talente. Wenn Hunger und der Mangel an Nährstoffen seine Gaben zerstören, wird niemand diese Talente je ganz entdecken. Und als Erwachsener wird es nur unwesentlich mehr verdienen als seine Eltern. 4,6 Millionen Kinder zwischen sechs und zehn

der, die sonst von Bildung ausgeschlossen wären.

WeltKlasse! – Partnerschaft mit Schulen in Bangladesch

ist nicht nur der Name des weiterentwickelten Bildungsprogramms von NETZ, sondern auch das Motto: Partner ermöglichen Kindern in Bangladesch den Besuch einer Grundschule. Die Partner erhalten gleichzeitig Rückmeldung von ihrer Partnerschule: Sie bekommen Post aus Bangladesch. Im Briefumschlag befinden sich ein Be-

mationen aus erster Hand vermitteln. Außerdem haben die Partner und ihre Partnerschule die Möglichkeit, in Form eines Briefwechsels in Kontakt zu treten.

Die Kosten für eine Grundschule in Bangladesch belaufen sich auf 1.140 Euro im Jahr.

Das Bildungsprogramm von NETZ im Überblick

- Schulen für Kinder der ärmsten Familien: Fokus auf indigenen Minderheiten und Familien, die auf den Schwemmlandinseln im Norden des Landes leben.
- Pro Schule wird eine Klasse mit allen schulfähigen Kindern des Dorfes unterrichtet.
- Pro Klasse 30 Kinder.
- Besondere Förderung von Mädchen.
- Unterrichtsfächer: Bengalisch, Englisch, Mathematik, Sach- und Sozialkunde sowie Kultur.
- Unterricht an sechs Tagen pro Woche für drei Zeitstunden.



Foto: Niko Richter

Aktiv im Bildungsprogramm: Freiwillige Mascha Schulz.

Jahren gehen in Bangladesch nicht zur Schule. 48% der eingeschulter Kinder schließen die Grundschule nicht ab. Es ist erwiesen, dass Kinder seltener krank und besser ernährt sind, wenn ihre Eltern die Schule besucht haben. Deshalb fördert NETZ Grundschulen für Kin-

der, die sonst von Bildung ausgeschlossen wären. der, die sonst von Bildung ausgeschlossen wären. der, die sonst von Bildung ausgeschlossen wären. der, die sonst von Bildung ausgeschlossen wären. der, die sonst von Bildung ausgeschlossen wären.

Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

TARANGO

fördert Frauen in ländlichen Regionen im Nordwesten des Landes durch fairen Handel mit kunsthandwerklichen Produkten. Schwerpunkt sind u.a. die Jute-Produktion und -Verarbeitung durch die Teilnehmerinnen.

Gana Unnayan Kendra (GUK)

fördert die ärmsten Familien im Gebiet der Flüsse Brahmaputra und Teesta. Projekte: 2.500 Familien erhalten Schulungen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erzielen; Aufbau von Schulen für 3.883 Kinder im Grundschulalter.

Udayan Swabolombee Sangstha (USS)

fördert die ärmsten Familien im Nordwesten des Landes. Projekte: 150 extrem arme Frauen, die mit ihren Familien auf Schwemmlandinseln leben, erhalten Schulungen und Startkapital; Aufbau von Schulen für 1.200 Kinder im Grundschulalter.

Sabalamby Unnayan Samity (SUS)

fördert benachteiligte Frauen im Norden des Landes. Projekte: 2.000 extrem arme Frauen erhalten Schulungen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erzielen; Aufbau von Schulen für 600 Kinder im Grundschulalter.

Jagorani Chakra Foundation (JCF)

unterstützt den Aufbau von Selbsthilfe-Organisationen der Bevölkerung. Projekte: Schulungen von 6.850 extrem armen Frauen und Startkapital, um eigenes Einkommen zu erwirtschaften; Aufbau von Schulen für 2.400 Kinder im Grundschulalter.

Ashrai

arbeitet mit indigenen Minderheiten im Westen des Landes. Projekte: 1.600 extrem arme Frauen erhalten Schulungen und Grundausstattung, um ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften; Aufbau von Grundschulen für 1.500 Kinder im Grundschulalter.

Acid Survivors Foundation (ASF)

setzt sich für die Überlebenden von Säureattentaten ein: u.a. durch medizinische Versorgung, psychologische Betreuung und Rechtshilfe. NETZ unterstützt das Engagement für rechtliche Verbesserungen zur Überwindung von Säureangriffen.

Ain o Shalish Kendra (ASK)

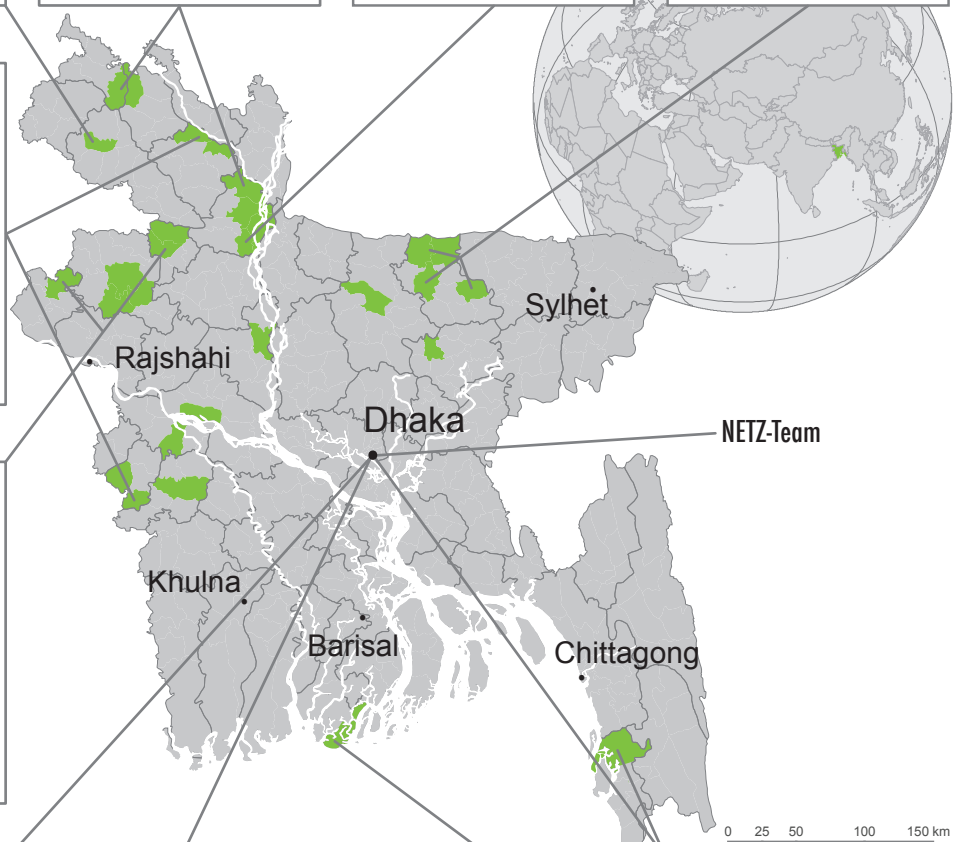
ist eine angesehene Menschenrechtsorganisation. Projekt: Schulungen von 7.730 Ehrenamtlichen in landesweit zehn Distrikten, die sich u.a. bei Dorfgerichten und mit Theateraufführungen für Menschenrechte einsetzen.

Community Development Centre (CODEC)

arbeitet mit den ärmsten Familien im Küstengebiet des Landes. Projekt: 300 Familien, die durch den Wirbelsturm Sidr im November 2007 alles verloren haben, erhalten Startkapital für den Neubeginn.

BASTOB

unterstützt den Aufbau von Selbsthilfestrukturen. Projekte: Gesundheitsprogramm im Südosten Bangladeschs an dem 1.710 Familien beteiligt sind; eine Schule für 240 Kinder, die mit ihren Familien in einem Slum in Dhaka leben.



NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit
 Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar
 Postvertriebsstück / DPAG / Engelt bezahlt / G 8619

Für menschlichere Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken!

Was können Sie tun?

1. Schreiben Sie eine **Postkarte** an Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Discounter Lidl und KiK. Vordrucke der Postkarten liegen dieser Zeitschrift bei.
2. Beteiligen Sie sich an den **Protestmails** der „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“. Informationen hierzu finden Sie auf www.sauberekleidung.de
3. NETZ setzt sich für menschlichere Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken ein. Bitte unterstützen Sie diese Arbeit durch eine **Spende**.

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft+Empfohlen

Das DZI, der deutsche „Spenden-TÜV“, hat NETZ das Spenden-Siegel verliehen. Es steht für einen sorgsamsten Umgang mit den uns anvertrauten Spenden.

Spendenkonto Nr. 10 77 88 0

Volksbank Wetzlar-Weilburg, Blz. 515 602 31

IBAN: DE95 5156 0231 0001 0778 80

BIC: GENODE51WZ1

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ
 বাংলাদেশ

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

Tel: 06441 - 26585 / Fax: 06441 - 26257

e-mail: netz@bangladesch.org / www.bangladesch.org

